

Gesetzblatt

für die Freie Stadt Danzig

Nr. 13

Ausgegeben Danzig, den 8. Februar

1937

Tag	Inhalt	Seite
4. 2. 1937	Verordnung zur Abänderung des § 5 des Volkstagswahlgesetzes vom 6. 9. 22 . . .	129

24

Verordnung

zur Abänderung des § 5 des Volkstagswahlgesetzes vom 6. September 1922 (G. Bl. S. 420).

Vom 4. Februar 1937.

Auf Grund des § 1 Ziffer 1 und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Artikel I

§ 5 Abs. 2 des Volkstagswahlgesetzes vom 6. September 1922 (G. Bl. S. 420, 447), abgeändert durch Gesetz vom 11. Oktober 1928 (G. Bl. S. 213) und die Ermächtigungsverordnungen vom 27. September 1932 (G. Bl. S. 705) und 7. Juli 1933 (G. Bl. S. 323) erhält folgenden Zusatz:

Als Verzicht gilt es, wenn sich ein Abgeordneter außerstand setzt, die Pflichten, die ihm sein Amt insbesondere zur Mitarbeit auferlegt, zu erfüllen. Die entsprechende Feststellung trifft der Wahlausschuß.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Danzig, den 4. Februar 1937.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

Greiser Dr. Schimmel

(Achter Tag nach Ablauf des Ausgabetafes: 16. 2. 1937.)

Abendblatt

für die freie Stadt Danzig

1937

Abendblatt der freien Stadt Danzig

1937

Seite

Abendblatt

1937

Abendblatt der freien Stadt Danzig

Verordnung

24

zur Abänderung des § 2 des Polizeistatutgesetzes vom 6. September 1933 (G. Bl. S. 420)

Vom 4. Februar 1937

Der Senat der freien Stadt Danzig hat beschlossen, das Polizeistatutgesetz vom 6. September 1933 (G. Bl. S. 420) in dem Sinne zu ändern, wie folgt:

Artikel I

§ 2 des Polizeistatutgesetzes vom 6. September 1933 (G. Bl. S. 420, 447) abgeändert durch Gesetz vom 11. Oktober 1933 (G. Bl. S. 213) und die Verordnungen vom 27. September 1933 (G. Bl. S. 705) und 7. Juli 1933 (G. Bl. S. 323) erhält folgenden Zusatz:

Als Verzicht gilt es, wenn sich ein Verordneter außerstande setzt, die Pflichten, die ihm im Amt insbesondere zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung obliegen, zu erfüllen. Die entsprechende Feststellung trifft der Abplanungsamt.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Danzig, den 4. Februar 1937.

Der Senat der freien Stadt Danzig
Dr. Schimmel

§ 32

(1) Es dürfen nur solche Grundstücke bebaut werden, welche unmittelbar an einen öffentlichen Fahrweg (Straße) grenzen. Auf anderen Grundstücken kann die Errichtung von Gebäuden gestattet werden, wenn die Grundstücke einem seitlich dauernd geschützten eigenen Zugang von außen aus versehen sind und die Grundstücke nicht unmittelbar an einen öffentlichen Fahrweg (Straße) grenzen, oder wenn für die Errichtung eines solchen Zuganges Rücksicht ist.

(2) Für Gebäude auf freilegenden Grundstücken sind weitere Ausnahmen zulässig.

§ 33

(1) Baugelände sind nur solche Gebiete, die bereits im Zusammenhang bebaut sind oder für die ein Flächennutzungsplan (§ 14) oder Aufbauplan (§ 31) festgelegt ist.

(2) Für bauliche Anlagen, die außerhalb von Baugeländen oder außerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortes errichtet werden sollen, soll die Errichtung Genehmigung verlangt werden, wenn ihre Ausführung der Gesundheit des öffentlichen Lebens oder der öffentlichen Ordnung entgegenstehen würde.

(3) Dies gilt insbesondere für bauliche Anlagen, deren Ausführung unwirtschaftliche Aufwendungen für Straßen und andere Verkehrsrichtungen, Versorgungseinrichtungen, Entwässerungsanlagen, Schutzvorrichtungen, Polizei- und Feuerhaken oder sonstige öffentliche Aufgaben erfordert oder deren Benutzung besonders wirtschaftliche Schwierigkeiten oder gesundheitliche Schädigungen für die Bewohner mit sich bringen würde.

(Höfster Tag nach Abdruck des Abendblattes: 10. 2. 1937)

(1) Die Errichtung von Gebäuden auf Grundstücken, die nicht unmittelbar an einen öffentlichen Fahrweg (Straße) grenzen, ist nur dann zulässig, wenn die Grundstücke einem seitlich dauernd geschützten eigenen Zugang von außen aus versehen sind und die Grundstücke nicht unmittelbar an einen öffentlichen Fahrweg (Straße) grenzen, oder wenn für die Errichtung eines solchen Zuganges Rücksicht ist.

Erteilung: Die Errichtung von Gebäuden auf Grundstücken, die nicht unmittelbar an einen öffentlichen Fahrweg (Straße) grenzen, ist nur dann zulässig, wenn die Grundstücke einem seitlich dauernd geschützten eigenen Zugang von außen aus versehen sind und die Grundstücke nicht unmittelbar an einen öffentlichen Fahrweg (Straße) grenzen, oder wenn für die Errichtung eines solchen Zuganges Rücksicht ist.